

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbelegkonto: Nr. 23883. Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8937.

Dienstag, 8. Februar 1921.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,60 Mk., auswärts 0,80 Mk. Stellen- und Wohnungsgeluche, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Die Regierung als Brotspekulant.

Verstaatlichung der Getreideeinfuhr als Wucherschraube.

Das Kapital und der Großgrundbesitz planen einen neuen Raubzug gegen das Proletariat. Man will eine Neuordnung der Brotversorgung vornehmen, die in Wirklichkeit einer Aufhebung der Zwangswirtschaft gleichkommt. Der Plan hat schon Gestalt angenommen, wenn die Wahlen zur Preussischen Landesversammlung wirklich vorüber sind, wird man erst wagen, damit an die Öffentlichkeit zu treten.

Es ist beabsichtigt, durch ein Umlageverfahren einen Teil — man spricht von 50 Prozent — des gesamten Getreides zu erfassen, die Landwirte zu zwingen, diesen Teil zu Höchstpreisen, die höher als die bestehenden sein werden, an die Regierung abzuliefern. Ueber den übrigen Teil der Ernte sollen die Landwirte ohne jegliche Befremdung frei verfügen können. Die Landwirte können also machen was sie wollen. Sie dürfen das Brotgetreide verfüttern, sie können mit der Grundlage der Volksernährung, dem Brote, spekulieren, indem sie die bestehende Knappheit ausnutzen, das Getreide solange zurückhalten, bis die Preise eine phantastische Höhe erreicht haben.

Der organisierte Kampf der Großgrundbesitzer gegen die Zwangswirtschaft hat Erfolg gehabt.

Die Regierung kapituliert, das Volk mag verhungern.

Wenn man glaubt, daß die Landwirte wenigstens den einen Teil ihrer Ernte, den sie zu Höchstpreisen abliefern sollen, auch wirklich abliefern werden, irrt man. Gerade die Erfahrungen bei der Haferumlage in diesem Jahre haben gezeigt, was diese Methode bedeutet. Sie hat den Erfolg, daß die Organisation gelockert und der Wunsch, die ganze Ernte zu neuen Preisen zu verschieben, stark genährt wird. Beim Hafer war es deutlich geworden, daß nicht einmal die geringe Umlage zur Deckung wenigstens der Produktion von Hafenernährungsmitteln (Haferflocken, Hafermehl usw.) erfüllt wurde. Alles Flehen und Bitten der Regierung half nichts, der organisierte Widerstand der Landwirte war zu stark und wirksam, Maßnahmen gegen die eigenen Klassengenossen kann man von einer bürgerlichen Regierung nicht erwarten.

Das Umlageverfahren bedeutet also in Wirklichkeit freien Handel mit Brotgetreide, denn die Regierung kann und will keinerlei wirksame Anstalten treffen, um den Widerstand, besonders des bis an die Zähne bewaffneten Großgrundbesitzers zu brechen. Die Getreidepreise werden um das Mehrfache steigen, der Brotpreis wird sich vervielfachen. Der Inlandspreis wird sich dem Weltmarktpreis anpassen. Der Weltmarktpreis schwankt in unerhörtem Maße, je nach dem Stande der Markt. Jeder Landwirt, jeder Müller und jeder Bäcker wird Spekulant.

Die Grundlage der Ernährung der arbeitenden Massen wird mehr noch als bisher zum Spekulationsobjekt.

Das Brot wird Luxusartikel für viele Proletarier. Die Regierung hat die Absicht, diese Entwicklung dadurch zu verhindern, daß sie die gesamte Einfuhr von Getreide monopolisiert, um dadurch einen Einfluß auf die Preisentwicklung im Inlande zu gewinnen und außerdem die Versorgung der Großstädte und Industriebezirke mit billigem Marktbrot sicher zu stellen. Wie sieht die Sache nun wirklich aus? Das von dem Landwirt nicht abgelieferte Getreide, das verschoben wird oder in die Futtertröge wandert, da es in Gestalt von Fleisch mehr Profit bringt, muß ersetzt werden

durch die Einfuhr vom Auslande zu Preisen, die infolge der schlechten Valuta mehrfach höher sind als die inländischen Höchstpreise; dadurch wird erstens infolge der starken Verschuldung aus Ausland der Wert der Markt weiter sinken, und der Bezug der für unsere Industrie nötigen Rohstoffe verteuert oder unmöglich gemacht. Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen müssen die Folge sein. Außerdem muß die Regierung das teuer vom Auslande gekaufte Brotgetreide zu billigen Preisen im Inlande zur Verteilung bringen und die Differenz selbst tragen. Zur letzten Jahre hat die Regierung auf diese Weise mehr als 7 Milliarden zahlen müssen, weil die Landwirte nicht abliefern. Eine nette Liebesgabe an die Großagrarien. Dieser Zustand soll nun verewigt werden und seine gefegliche Weiße bekommen.

Die Landwirte brauchen nicht abzuliefern und können ihr Getreide zu Riespreisen verschleiben oder verfüttern.

Im nächsten Jahr wird dann die Differenz bei der besonders infolge der Verpflichtung an die Entente unter bedeutend größeren Mengen, die eingeführt werden müssen, mindestens 20—30 Milliarden Mark betragen, wenn nicht noch mehr. Diese Liebesgabe an die Agrarier muß natürlich vom arbeitenden Volk bezahlt werden in Gestalt wachsender Arbeitslosigkeit und Verteuerung der gesamten Lebenshaltungskosten.

Die Krone wird diesem Attentat auf das Leben des Proletariats aufgesetzt durch Punkt 4 der vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Grundsätze für die monopolisierte Getreideeinfuhr, der besagt, daß, sobald die Einfuhrpreise unter dem Preise des im freien Handel umgesetzten Inlandgetreides sinkt, die Einfuhr zu unterbleiben hat.

Man will also den Landwirten die höchsten Preise garantieren.

Wenn im Inlande, was wahrscheinlich der Fall sein wird, die Preise so gestiegen sind, daß man billiger vom Auslande einführt, dann muß die Einfuhr, die allein imstande wäre die hohen Inlandspreise etwas zu senken, unterbleiben.

Man sieht, wie sich die kapitalistische Regierung ewig im Kreise dreht. Die Regierung will die Erhöhung der Brotpreise verhindern, damit die industriellen Unternehmer nicht durch steigende Lebensmittelpreise verhindert werden, Lohnherabsetzungen zu erzwingen. Dabei stößt sie aber auf den Widerstand der landwirtschaftlichen Unternehmer, die gleich den industriellen Unternehmern Produktions- und Verteilungsabschlüsse leben, um Preisserhöhungen durchzubringen. Will die Regierung der Preisabschlüsse der landwirtschaftlichen Unternehmer verhindern, so ist sie gezwungen, sich unter ihrem Willen zu beugen

und dem Wucher mit den kostbarsten Früchten der Erde dadurch freien Lauf zu lassen, daß sie ihn legalisiert und stützt.

Der Gegensatz zwischen Stadt und Land verschärft sich immer mehr und die Verelendung der Massen schreitet fort. Um die Brücke zwischen Stadt und Land zu schlagen, das Massensterben der Proletarier zu verhindern, gibt es nur ein Mittel:

die proletarische Kontrolle über die industrielle und landwirtschaftliche Produktion.

Orgesch und Waldenburger Sozialdemokratie.

Die „Schlesische Bergwacht“ enthält Pläne der Waldenburger Orgesch und die ganze sozialdemokratische Presse glaubte, ein Haar in der kapitalistischen Suppe gefunden zu haben. Man spielte, mit mehr oder weniger Ehrlichkeit, „Entrüstung“ ob solchem undemokratischen Verhalten der Bourgeoisie und erging sich in der Hoffnung, (da doch nur alles klar zutage liege, daß die maßgebenden Behörden energisch zugreifen und die Verbrecher an der „Demokratie“ ihrer wohlverdienten Strafe zuführen werde. Wir haben zu den Waldenburger Enthüllungen schon früher Stellung genommen und darin ausgedrückt, daß die sozialdemokratischen Hoffnungen solange Hoffnungen bleiben werden, bis das Proletariat die Entwaffnung der Orgeschbanditen selbst in die Hand nehmen wird. Diese Erkenntnis scheint nun auch auf Grund der gemachten Erfahrungen mit dem „energischen Zugreifen“ der Staatsanwaltschaft in Sachen Orgesch bei der „Schlesischen Bergwacht“ aufzudämmern. Sie veröffentlicht in ihrer Nummer vom 28. Januar 1921 einen Plan der „Selbsthilfe gegen die Orgesch!“ Sieben erste Maßnahmen zur Ausführung durch die Arbeiterschaft.

Die sieben Maßnahmen sind unter folgenden Titeln kurz zusammengefaßt:

1. Protesterhebung bei der preussischen Staatsregierung.
2. Prüfung der Waldenburger Frage durch die sozialdemokratische Parteileitung in Berlin.
3. Erörterung darüber, ob eine proletarische Selbstschutzzorganisation gegründet werden soll.
4. Erneutes Einschreiten der Verwaltungsbehörden.
5. Sofortige Entfernung der schädlichen Staats- und Gemeindebeamten.
6. Ablehnung jeder Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Orgesch.
7. Schärfster Boykott gegen die Orgeschpresse.

Wir nehmen an, daß die „Schlesische Bergwacht“, ebenso wie wir, die Orgesch als Instrument der Gegenrevolution betrachtet, die im Interesse des Proletariats mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Aber auch mit allen Mitteln. Und darin, in der Anwendung der Mittel zur Erreichung des Zieles, ist man nicht konsequent bis in die letzten Forderungen.

In der Einleitung zu den sieben Punkten findet man schon die Schwäche der „Schlesischen Bergwacht“ in bezug auf konsequentes Handeln.

Man kommt zu der Feststellung, daß auf die bürgerliche Justiz im Kampfe gegen die Orgesch kein Verlaß ist, die logische Schlussfolgerung ist der Selbstschutz des Proletariats. Wenn man diesen Selbstschutz aber zu positiver Aktivität organisieren will, darf man nicht „unter strenger Beobachtung der Geetze“, wie es die „Schlesische Bergwacht“ rät, die unbedingt notwendigen Maßnahmen zur Sicherheit und Existenz des Proletariats erwägen wollen. Das proletarische Interesse und die Geetze, die sich eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu ihrem Schutz und Erhalt geschaffen hat, sind zwei widerstrebende Pole, die sich nie vereinigen lassen. Entweder man erkennt die bürgerlichen Geetze nicht an und handelt revolutionär, wie es sich für einen wirklichen Sozialist gehört, oder man stellt sich unter die bürgerlichen Geetze, verzichtet auf den Kampf, und führt einen Streit wie Don Quichotte gegen Windmühlen. Wenn es der „Schlesischen Bergwacht“ mit den Maßnahmen zur Herbeiführung der proletarischen Selbstschutzzorganisation ernst ist, und wir möchten nicht daran zweifeln, dann muß sie aber unbedingt ihre Stellungnahme zu den bürgerlichen Geetzen revidieren. Mit bürgerlichen Geetzen läßt sich kein Kampf für den Schutz des Proletariats gegen die organisierte Gegenrevolution, die Orgeschbanditen, führen. Warum sich mit solchen Geetzes-Strupeln belasten, wo die Gegenrevolution sich nicht um die Geetze kümmert.

Wenig Positives wird auch aus den „Protesterhebungen bei der preussischen Staatsregierung“, wie sie im 1. Punkt der Maßnahmen dem Waldenburger Proletariat geraten werden, herauskommen. Die Regierung, gedrängt durch das Verlangen der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter, wird einige schwächliche Versuche machen, um den Aufheis zu erwidern, daß etwas geschieht. Sie wird aber nichts tun können. Und wenn die Regierung den Amtsgerichtsrat Haeger wirklich abberuft, so wird sie unter allen bürgerlichen Staatsanwälten nicht den Mann finden, der willens oder fähig wäre, gegen eine Organisation, wie die Orgesch, energisch durchzugreifen.

Der Charakter der Orgesch als Organisation der Gegenrevolution liegt so klar zutage, daß es wirklich unnötig ist,

Schlesische Arbeiter für den Offenen Brief.

Eine öffentliche Volksversammlung der D.K.P.D. in Peterswaldau, zu der die Gewerkschaftsbürokraten die Parole herausgegeben hatten, daß sie nicht beunruhigt werden soll, bekannte sich einstimmig zu den Forderungen des Offenen Briefes.

In Neufahrbrunn fand am 3. Februar eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung der D.K.P.D. statt, die folgende Resolution annahm.

„Die am 3. Februar stattgefundene öffentliche Volksversammlung der D.K.P.D., besetzt von allen Parteien, stellt sich unbedingt auf den Stand der Forderungen des Offenen Briefes der D.K.P.D. und verurteilt scharf die Haltung der Zentralleitungen der S.P.D. und des A.D.G.B.“

Auch das schlesische Proletariat ist nicht gewillt, der Harmonie- und Demokratie und Aufban der kapitalistischen Wirtschaft, wie sie von den Rattenfänger der S.P.D. und des A.D.G.B. geblasen wird, nachzugeben.

Es weiß, daß die Gegenrevolution nur durch den entschlossenen Kampf geschlagen werden kann. Und es wird nicht zurückweichen, wenn das Proletariat im Reich marschiert.

Großer Erfolg der Mansfelder Arbeiterschaft.

Am Sonnabend früh ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden, nachdem die Direktion die Forderung der Arbeiterschaft auf Entfernung der Werkspolizei bewilligt hatte. Ebenso erklärte sie sich bereit zur Bezahlung der entlassenen Fehlerschichten. Die Forderung wurde erreicht, nachdem gestern erneut in Versammlungen gegen die Werkspolizei protestiert worden war. Durch das entschlossene Vorgehen der Mansfelder Arbeiterschaft ist somit ein voller Erfolg erzielt worden.

(T.U.) Herne i. Westf., 5. Februar. Auf der Schachtanlage 1—3 der Grube „Mont Genis“ ist ein Pfeiler gebrochen. Ein Streiger und 4 Bergleute wurden vermisst. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden, doch ist von den Verschütteten kein Lebenszeichen zu vernehmen. Es ist anzunehmen, daß alle tödlich verunglückt sind.

nach einem großen Parteiparat in Schwung zu setzen, der die ganze Frage, die für einen revolutionären Proletarier gar keine Frage sein kann, zu prüfen hätte. Ebenso müßig ist es in Erörterungen darüber einzutreten, ob eine proletarische Selbstschußorganisation gegründet werden soll. Das ist keine Frage. Die Orgesch rüftet; gefesselt und ungeschützt, die Orgesch organisiert den offenen Kampf gegen das Proletariat, die Justiz, auch ein Instrument der Gegenrevolution ist nicht gewillt etwas zu tun. Die bürgerliche Wissenschaft läßt durch ihren getreuen Knecht, den Professor Gruber in München nachweisen, daß 15 bis 20 Millionen Proletarier zu viel sind, wenn die bürgerliche Gesellschaft weiter bestehen soll.

Diese Tatsachen beantworten für einen Klassenbewußten Proletarier ohne jede Erörterung die Frage, ob proletarische Selbstschußorganisationen gegründet werden sollen. Auch das wie kann keine Frage sein. Wir leben im kapitalistischen Staate, alle Machtmittel sind in den Händen der Klassenfeinde des Proletariats, es ist darum klar, daß sich der proletarische Selbstschuß nicht mit den Machtmitteln des Staates, sondern nur gegen sie durchsetzen kann. Die „Schlesische Bergwacht“ ist auf dem richtigen Weg, wenn sie schreibt: „Das legt unweigerlich den Gedanken nahe, es auf unserer Seite der Orgesch nachzumachen, das heißt, eine Selbstschußorganisation zu gründen, die mit ähnlichen Mitteln arbeitet.“

Das verlangt aber von dem, der diesen Satz aufstellt, daß er den Willen, die Energie und Tat aufbringt, diesen Weg gegen alle Widerstände der bürgerlichen Gesellschaft, bis zum Ziel konsequent zu gehen. Es ist von vornherein klar, daß der bürgerliche Staat den Selbstschuß des Proletariats nicht anerkennen wird. Es ist von vornherein klar, daß sich genug Staatsanwälte finden werden, die sich in Sachen Orgesch nicht finden, die proletarischen Selbstschußorganisationen abzumürgen. Mit diesen Widerständen ist ohne weiteres zu rechnen. Dieser Widerstand wird und kann aber nur an dem noch stärkeren Widerstand und zusammengefaßten Willen der proletarischen Massen zerbrechen.

Nicht klebürgerlich-vasillisch ist der Gedanke, den die „Schlesische Bergwacht“ auspricht, daß die Justiz, vor die Frage gestellt, neben den Organisationen der Gegenrevolution auch die Selbstschußorganisationen des Proletariats anzuerkennen, die Justiz schließlich im Interesse des Vaterlandes“ entscheiden würde, jede, auch die Orgesch-Selbstschußorganisationen der bürgerlichen Gesellschaft, mit Schimpf und Stül auszurotten. Das ist bei Kenntnis der Sachlage, daß das Kapital gezwungen ist, offensiv gegen das Proletariat vorzugehen, wenn es sich erhalten will, daß es gezwungen ist, den Achtstundentag, die Löhne abzubauen und die proletarischen Kampforganisationen im wirtschaftlichen Kampfe zu zer schlagen, mehr als naiv.

Diese kindliche Naivität, die ein Verbrechen ist, wenn es sich um die Lebensinteressen des Proletariats handelt, spricht aus allen weiteren Maßnahmen, die die „Schlesische Bergwacht“ empfiehlt. Man appelliert an ein erneutes Einschreiten der Verwaltungsbehörden, nachdem man eben bei der Erfahrung machen mußte, daß die Verwaltungsbehörden versagen, versagen müssen, weil sie Kulis der kapitalistischen Gesellschaft sind. Man rät der Regierung, Prämien auf Ermittlung von Orgeschplänen, Waffen und Munition auszusetzen und kennzeichnet damit die durchaus Außenläufige Einstellung, wie sie zum Wesen eines Sozialdemokraten gehört. Die Regierung hat Prämien auf den Kopf von revolutionären Proletariern ausgesetzt und mit Erfolg. — Dasselbe von der Regierung der Orgesch gegenüber zu verlangen, kann nur einer sozialdemokratischen Zeitung passieren, die die dem Proletariat gefährlichste Einbildung hat, in einem Rechtsstaat zu leben.

Aus dieser Einbildung heraus kann man auch nur zu dem Verlangen der „sofortigen Entferrnung der schuldigen Staats- und Gemeindefunktionäre“ kommen. Wir fragen die „Schlesische Bergwacht“, wer soll denn diese Beamten für „schuldig“ erklären? Etwas die bürgerliche Gesellschaft, deren brauchbare Knechte sie sind, wenn sie nichts gegen die Orgesch tun, etwas die bürgerliche Klassenjustiz, die doch dem für den es noch nötig war, erst jetzt wieder in der Waldenburger Orgeschgeschichte bewiesen hat, daß sie ein Organ zum Schutze der bürgerlichen Ordnung ist. Wenn diese Beamten in den Augen des Proletariats schuldig sind, und das sind sie, dann hat das Proletariat die Pflicht, sie zu befechtigen. Das kann es aber nur, wenn es selbst die ausführende Gewalt ist. Und wer da jetzt von „Eingriff der Behörde“, „sofortige Befreiung der schuldigen Beamten“ durch bürgerliche Verwaltungen, begehrt ein Verbrechen der Verhöhnung an der Latkraft des Proletariats, der liefert die Revolution an die Bourgeoisie aus und verdient vom Proletariat zum Tode gefügt zu werden. Das Proletariat muß von dieser Art „Führer“, die unter dem Schein von „Maßnahmen“ eine Politik treiben, die zum Schaden des Proletariats selbst führen muß, ebenso weit abwenden, wie den offen gegenrevolutionären Selbstschußorganisationen der Bourgeoisie gegenüber. Wenn die „Schlesische Bergwacht“ zum Drykott der Orgeschpresse auffordert und daran den Glanzen knüpft, daß dieselbe dann von allem zu Grunde gehen müßte, so ist das ebenso unvorsichtig wie falsch, und geeignet, die verheerenden Beschlüsse in den Köpfen der Arbeiterschaft hervorzurufen. Die kapitalistische Presse im kapitalistischen Staate ist nicht durch Abonnemententweigerung zu befechtigen, man vernichtet dadurch lediglich, daß man das kapitalistische Eigentum in sich einfaßt. Die kapitalistische Presse wird erst verschwinden mit dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, die die Geldgeberin ist und in veräppeltem Maße sein muß, wenn die Arbeiterschaft endlich aufhören wird, ihren freiwilligen Tribut in Form von Abonnemententgeltern zu zahlen. Dann erst, und dem Sturz dieser Gesellschaftsform, wird es auch aufhören, daß das Proletariat von einer bürgerlichen Presse mit kapitalistischen Zölogien verhöhnt wird.

Die „Maßnahmen“ der „Schlesischen Bergwacht“ sind also, bei klarem, sorgfältigen Denken vom revolutionären Standpunkte aus, weder nichts, als ein Operieren aus

Unfähigkeit, das Uebel an der Wurzel zu fassen. Dieses Rahe- und Mauthspiel macht das Proletariat nicht mit. Es weiß, daß mit diesen Maßnahmen kein Kampf gegen Hunger und Gegenrevolution zu führen ist. Die Forderungen des Proletariats sind die Forderungen, wie sie in dem „Offenen Briefe“ der B.K.D. aufgestellt wurden. Das bedeutet Kampf, festen entschlossenen Kampf gegen alle Machtmittel der bürgerlichen Gesellschaft, das bedeutet zusammenfassende aller revolutionären Kräfte, das bedeutet höchstgefeuerte Aktivität,

das ist Revolution gegen die ausbeutende und unterdrückende Gegenrevolution.

Politische Uebersicht.

Die „produktive Erwerbslosenfürsorge“ des „Schlesischen Landbundes.“

Der „Schlesische Landbund“ hat in der „Schlesischen Zeitung“ eine „Erwiderung“ auf unsere Enthüllungen über seine Sitzungen abdrucken lassen. Sie lautet:

„Die „Arbeiterzeitung“ und die „Volkswacht“ fühlen sich bemüht, wegen einer „Grafenitzung“ im Schlesischen Landbund ein großes Geschrei zu erheben. Dunkle Verschönerpläne, werden dem Landbund wieder einmal zur Last gelegt. Sollte die einschlägige Presse nicht noch genug haben von der ungeheuren Blamage, die sie sich im Juni auf Grund von „vornehmen“ Spiegeln zugezogen hat?“

Und so auch diesmal! Es ist etwas Schreckliches, wenn Großgrundbesitzer zusammenkommen! Es erübrigt sich, auf die Behauptungen einzugehen. Leider steht uns nicht so viel Zeit zur Verfügung wie unseren gegnerischen Herrschaften. Da aber alles, was wir tun, wahr ist, und das Licht der Sonne niemals zu scheuen brauchen, so zeigen wir der verängstigten Miwelt an, daß wir wegen produktiver und nicht, wie es sonst üblich ist, wegen unproduktiver Erwerbslosenfürsorge beraten haben, finden wir unter anderem erwogen, ob Herren, welche Waldbesitzer sind, in ihren Forsten, die zum Teil durch Zwangserschlag erheblich gelitten haben, auch zur Aufforstung Erwerbslose einstellen können. Ferner haben wir mit den Herren Vertretern des Waldbesitzes wegen einer Auseinandersetzung der zum Waldbesitz zählenden Flächen verhandelt.

Das waren die, die Republik gefährdenden Punkte der Tagesordnung. Auch der eingelebteste Republikaner wird solches Vorgehen gewiß nur für lobenswert bezeichnen können, soweit nicht der Grundsatz besteht, daß Arbeit schändet.

„Schlesischer Landbund.“ Nun, mit Verlaub, hohe Herren vom Schlesischen Landbund, wir erlauben uns im Anschluß an ihre „Erwiderung“ die Frage aufzuwerfen, wer denn die Erwerbslosen sind, die sie „produktiv“ beschäftigen wollen. Wir wollen ihnen und der Arbeiterschaft auch gleich die Frage beantworten: Diese „Erwerbslosen“ sind auf die Güter vertriebene Reichswehrsoldaten, die nach Spaa offiziell entlassen wurden, tatsächlich aber in kleinen Trupps als „Arbeitsgemeinschaften“ usw. auf den Gütern der Junker vom Schlesischen Landbund als weiße Garde gegen die Landarbeiter zusammengezogen sind. Zum Schein arbeiten sie etwas. In der Hauptsache aber pflügen sie die militärische Schulung für den Bürgerkrieg. Wir werden demnachst noch mit Einzelheiten über militärische „Arbeitsgemeinschaften“ usw. in Schlesien aufwarten.

Die Landarbeiterschaft kann aus dieser „Erwiderung“ des Schlesischen Landbundes viel lernen. In zynischer Weise wird in ihr als „produktive Erwerbslosenfürsorge“ bezeichnet, was ihnen auf den Gütern als Knüttel- und Waffengarde des „Herrn“ bei Lohn- und anderen Forderungen drohend entgegentritt. Die Landarbeiter müssen sich dagegen rufen, indem sie sich zusammenschließen, um im gegebenen Moment den weißen Gardisten der Junker die Waffen zu entreißen und die Herren samt ihren Schützgardien von den Gütern zu jagen.

Die Orgeschdiktatur im Westen.

Wenn irgendwo, dann hat im Reiche der Situation die Orgesch Justiz und Polizei vollständig unter ihr Kommando gebracht. Die „Staatsmacht“ tangt, wie die Eiserne pfeifen. Kürzlich konnte die „Freiheit“, Duisburg, mitteilen, daß die Orgesch Eisen aufstellt mit Namen von Kommunisten, die zu verhaften die — unabhängige Justiz verpflichtet wird. Wie selbstverständlich der ganze Apparat nach Orgeschanweisungen arbeitet, dafür einen neuen Beleg.

Die nachschleppende Bourgeoisie Duisburgs forderte ein Exemplar gegen den Altonaer, der in den Kopptagen in Duisburg tätig war und der so frech gewesen, den Oberbürgermeister und die ganze Stadtverwaltung in die Ketten zu schiden. Gegen seine Mitglieder Wilt, Koch und Müller wurde ein Haftbefehl erlassen. Er blieb trotz Anwesenheit in Wilhelmshafen. Längst noch Annahme des Gesetzes erwidert man Wilt, setzte ihn ins Gefängnis; man verlangte wartete er auf eine Verhandlung. Wenn hohen Willen konnte man kein gemeinsames Verbrechen konstruieren. Aber die Orgesch wollte ein Opfer haben. Die Justiz magte gehorchen. Was tun? Das Anwaltsgeschäft hat eine Handhabe. Die Hauptführer der Unparteilichkeit sollten nicht freigesprochen werden. Die Rapp-Verurteilung betraf die Orgesch-Justiz natürlich nicht als Hauptführer, aber in der juristischen Konstruktion anerkannt. Wilt und Koch zu Rechtspfleger. Nun geht es, für diese Konstruktion notwendigsten Schen-Argumente beizubringen. Das Gebot der Bourgeoisie genügt nicht. Was tun? Schließlich teilt eine kleine Korrektur der strafrechtlichen Bestimmungen. Man sandte die Gerichtlichen an Herrn Severing. Er sollte ein Gnaden für die orgesch-bezogene Konstruktion erhalten. Sonntag v. m. müßig doch die Kraft reichte nicht aus, den hohen Willen zu Tat werden zu lassen. Er sandte

die Gerichtsakten an den rechtssozialistischen Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Der fühlte sich verpflichtet, die Rechtsführerschaft Wiltes zu präferieren. Soweit war die Aktion gebührend. Genosse Wilt nahm sich der Sache an, bröckelte den Stempel auf und Wilt spazierte in die Freiheit; der Haftbefehl gegen Wilt und Genossen wurde aufgehoben. Koch und Müller hielten sich trotzdem noch verborgen. Sie hatten Grund, dem Frieden nicht zu trauen. Für Mittwoch, den 2. Februar, wird in der Sache Wilt und Genossen ein Termin angelegt. Koch kommt nach Duisburg, geht zu seinem Rechtsanwalt. Auf dem Wege dorthin bemerkte ihn Orgeschleute. Telefonisch erhält die Polizei — nicht vom Gericht, nicht vom Untersuchungsrichter — sondern von Privatleuten Auftrag, Koch zu verhaften. Die Polizei gehorcht natürlich. Acht Mann hoch, Grüne und Kriminalisten umfassen abends die Wohnung, sie ist verschlossen. Die Orgesch hat kommandiert, das genügt. Die Tür wird erbrochen, Fenster Scheiben werden zertrümmert, Sticherheits-schloßler demolliert. Als Kochs Frau nach Hause kommt, findet sie einen Zettel neben den Trümmern: „Die Polizei war hier, morgen kommt ein Schlosser zur Reparatur.“

Am nächsten Tage läßt Koch durch seinen Anwalt ermitteln, wer den Auftrag zu seiner Verhaftung gegeben, zu welchem Zweck? Auskunft: Das Gericht weiß von nichts, der Haftbefehl ist aufgehoben worden. Die Polizei gibt Auskunft, sie habe gemäß telephonischem Auftrag gehandelt. Die Orgesch wollte wohl wieder Gelegenheit finden, ein Opfer ihres Hasses — auf der Flucht erschlagen zu lassen.

Was kann's wundern, daß der Justizminister, daß die gesamte Reaktion diese Rechtspflege verteidigt? Sie ist ja auch in Wirklichkeit der charakteristische Ausdruck der kapitalistischen Restauration.

Ein „Demokrat“ über Demokratie u. Orgesch.

Die „reinsozialistische“ mecklenburgische Staatsregierung hat die Orts- und Polizeibehörden angewiesen, „mit den schärfsten Mitteln“ gegen die Selbstschußverbände, besonders gegen die zur Orgesch gehörende Arbeitsgemeinschaft „Hubertus“, vorzugehen. Dazu schreibt der Korrespondent des „demokratischen“ Berliner Tageblattes:

„Die Mobilmachung der örtlichen Verwaltungsstellen im Kampf gegen die Orgesch ist nach meiner Ansicht ein Schlag ins Wasser. Denn gerade in den Kreisen der höheren Beamten hat die Arbeitsgemeinschaft „Hubertus“ ihre Kerntuppen. Das neue sozialistische Kabinett hat wohl den guten Willen zur Ausführung seines Programms, doch auf diesem Wege wird es sich nicht durchsetzen können.“

Das ist ein wertvolles Geständnis, das geeignet ist, den Arbeitern, die noch an die bürgerliche Demokratie glauben, die Augen zu öffnen. Es wird hier offen zugegeben, daß auch eine sozialistische Parlamentsmehrheit und Regierung nicht in der Lage ist, die Gegenrevolution zu entwerfen. Die einzige Schlussfolgerung, die daraus gezogen werden kann, ist, daß die Arbeiterschaft auf keinen Fall darum herum kommt, im offenen Kampf den Gegenrevolutionären die Waffen zu entreißen.

Den sozialdemokratischen Führern, die gerade jetzt im Wahlkampf wieder den arbeitenden Massen vortäuschen, es genüge die Mehrheit im Parlament und alles werde sich ändern, hat dieser bürgerliche Demokrat mit seiner Erklärung eine klatschende Ohrfeige versetzt.

Severing in der nationalen Einheitsfront.

L. U. Berlin, 4. Februar. Der preußische Minister des Innern, Severing, hat an alle Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

„Der Ernst der Lage des deutschen Vaterlandes, wie er durch die Pariser Beschlüsse hervorgerufen ist, läßt es als unziemlich erscheinen, daß in den bevorstehenden Karnevalstagen Bergnügungen und Langlustbarkeiten stattfinden. Von einem allgemeinen Verbot derartiger Veranstaltungen sehe ich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schäden, die ein solches Verbot nach sich ziehen könnte, ab. Ich bitte aber, darauf hinzuwirken, daß solche Veranstaltungen nur dort stattfinden, wo sich sonst mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Härten ergeben würden. Ich hoffe aber, daß die Bürger sich der Lage bewußt sind, die notwendige Würde beachten und vor allem würdelose Ausschreitungen ausgeschlossen sein werden.“

Das sind Worte, die nichts bestimmen und nichts versprechen, die aber der hungernden, arbeitenden Bevölkerung, die täglich durch die Prallerei der Bourgeoisie aufgereizt wird, und dem Ausland Sand in die Augen streuen sollen. Man tut so, als töte man etwas gegen die Seltelage, Radttänge und vielen sonstigen „Bergnügungen“ der Süßherz-Scheiberrepublik. Die Scheiber, zu denen heute jeder Kapitalist gehört, werden weiter bei Wein, Sekt und Weibern prassen und gern anerkennen, was Herr Severing sagt: daß „mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schäden, die ein Verbot nach sich ziehen könnte“, von einem Verbot der „Bergnügungen“ abzusehen sei.

Ausland.

Das Ausland über die Pariser Beschlüsse und die deutsche Antwort.

Die deutsche bürgerliche Presse fährt fort, jede kritische Stimme zu den Pariser Beschlüssen mit peinlichster Gewandtheit zu vernichten und versucht den Eindruck zu erwecken, als ob außer französischen und englischen Regierungskreisen so gut wie niemand sie gütliche. Auch das Wolff-Duro freigt von Nachrichten, die die Ablehnung vor allem durch Amerika beweisen sollen. So unvorsichtig und verdrückend

2 öffentliche Volksversammlungen

am Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr

im Kronprinzen, Westendstraße 50-52 und Bräuers Festhäfen, Gabitzstraße 20.

Thema: „Die politische Lage und die Bedeutung der Wahlen“.

Referenten: Genosse Seckert, Berlin und Genosse Eberlein, Breslau.

V. A. P. D. Ortsgruppe Breslau.

Die imperialistischen Pariser Forderungen sind, die der Tarbien-Poincaré-Richtung von rechts noch zu schwach erscheinen, so übertrieben ist die Darstellung der bürgerlichen Presse von der entschiedenen Ablehnung der Konferenzergebnisse im anderen Ausland. Bis hierher soll nur die italienische Kammerkommission zur Prüfung der Konferenzergebnisse diese als unausführbar bezeichnet haben. Offizielle Stellungnahmen liegen noch nicht vor, es ist nur der Chor bürgerlicher Zeitungsschreiber aller Länder hemmungslos losgelassen. In den früheren neutralen Ländern und, wie gesagt, in Italien hält man auch im bürgerlichen Lager nichts von den Pariser Beschlüssen. In den Entente-Ländern selbst gibt es vernünftige Urteile nur in den Reihen der Sozialisten. Norman Angell sieht in dem Plan nur einen Trick zur Irreführung der Wähler. Er erklärt in der „Daily Herald“: Es ist reine Demagogie, Spiegelschere und Unsinn. Diese Zahlen sind phantastisches Geschwätz und jeder, der sie festgestellt hat, weiß dies. Aber sie dienen dazu, das Publikum ein oder zwei Jahre zum Besten zu haben, und da unsere Staatsmänner von der Hand in den Mund leben, ist ein Jahr oder zwei ein Zeitalter.

Dieselbe Ansicht äußert der englische Nationalökonom Brailsford. Er tabelt den „Daily Herald“, daß er die Pariser Konferenz und ihre Beschlüsse eine Berrücktheit genannt habe. Berrücktheit umschließe noch immer einen Teil von Aufrichtigkeit. Hier handle es sich aber um viel Schlimmeres. Da man das ganze deutsche Nationaleinkommen auf 100 Milliarden Mark veranschlägt, da Deutschland mit einem Defizit von mehr als 70 Milliarden Mark arbeite und da die zwei Milliarden Goldmark, die Deutschland nun im ersten Jahre bezahlen sollte, 20 Milliarden Papiermark ausmachten, so daß Deutschland einen Ausgabeetat aufstellen müßte, der zweimal so groß sein müßte wie das ganze Nationaleinkommen.

Sogar der gelbe Gewerkschaftsführer Jouhaux protestiert gegen die Ausdehnung der Besetzung und gegen die Erhöhung der Kohlenlieferungen durch Deutschland. Er erklärt, die Lösung des Wiedergutmachungsproblems könne nur durch die gemeinsame Arbeit französischer und deutscher Arbeiter geschehen.

Ueber die Beurteilung der Pariser Beschlüsse durch unsere Pariser Genossen haben wir schon berichtet. Etwas Lomisch nimmt es sich aus, wie die französische imperialistische Presse die Kritik Paul Levis an der deutschen Regierung und unsere die des Genossen Cahin als besonders bemerkenswert hervorhebt, während sie im eigenen Lande die kommunistische Kritik hier und dort wütend und verächtlich abtun will. Die ernstesten Einwände dürften übrigens in London wirklich von amerikanischer Seite zu erwarten sein, wenn auch hier in bürgerlichen Kreisen die amerikanische Opposition reichlich überschätzt wird. Diese richtet sich viel mehr gegen England, als sie für Deutschland interessiert ist. Die amerikanische Kritik an der Ausfuhrsteuer kommt nicht so sehr daher, daß Amerika fürchtet, auf diese Weise Deutschland als Markt zu verlieren (weil es erwartet, daß diese Ausfuhrsteuer zu einer neuerlichen Verschärfung der Wirtschaftskrise und zu einer weiteren Salutarisierung führen würde, was für Deutschland die Einfuhr amerikanischer Waren ganz besonders erschweren würde); man braucht, um sich dies klarzumachen, nur die Ausfuhrziffern Amerikas nach Deutschland zu vergleichen mit denjenigen nach anderen Ländern, sie machen mit 2 Prozent einen verschwindenden Prozentsatz der Gesamtexport aus, wenn es auch richtig ist, daß sie im letzten Jahre sich besonders gesenkt habe (von 93 Mill. Dollars 1919 auf 3 (?) Mill. Doll. 1920). Die Kritik liegt überhaupt im Sinne des amerikanisch-englischen Gegensatzes, der darauf aus ist, sich gegenseitig möglichst Schwierigkeiten zu bereiten, und nachdem Amerika im vollen Besitz seiner Tonnage ist und Deutschland durch den Verlust seiner Flotten so gut wie ausgegalltet ist, hört das Interesse Amerikas an einer weiteren Schwächung Deutschlands auf: es beginnt aber eine um so schärfere Konkurrenz mit dem englischen Weltmarkt, und die in Paris vorgeschlagene deutsche Ausfuhrverbesserung ist eine ausgesprochen England zu Liebe getroffene Bestimmung des Friedensvertrages. Insofern ist also die Gefahr eines amerikanischen Revisionsanspruches möglich und man versteht vor allem die Reversität der Pariser Presse, da die Abhängigkeit Frankreichs von Amerika und England zugleich das Land in eine Zwischmühle bringt.

Deutlich ist aus aller Zuversicht und Drohung gegen Deutschland in der letzten Tagen immer wieder die französische Frage zu entnehmen: Wie wird Amerika entscheiden? Am klarsten ausgesprochen in einem Satz des „Gaulois“ zur letzten Kammerdebatte: „Ist man schon soweit gekommen, daß man sich gegenseitig die Charta an den Kopf werfe, in der der französische Sieg eingeschrieben sei; wolle man denn nicht bemerken, daß im Friedensvertrage von Versailles die Unterschrift Amerikas fehlt?“ Und dann beruft man sich französischerseits sehr klarzustellen, daß die Reparationskommission natürlich eine Kreditgewährung Amerikas an Deutschland nicht behindern würde, weil die Möglichkeit, daß dies geschehe, als Beschädigung des freien Weltmarktes und Finanzverkehrs in Amerika nach der Kritik der Exporteure am meisten hervorzuheben wird. Neuerdings heißt es, die Londoner Konferenz

solle bis nach dem Regierungsantritt Harding's verschoben werden. So stark ist der amerikanische Einfluß fühlbar. Wenn die bisherigen Meldungen richtig sind, ist der offizielle Standpunkt der neuen Regierung vorwiegend der, daß nur etwa 100 Milliarden Wiedergutmachungen zu zahlen sein sollen, von denen ein Drittel noch in Rechnung gesetzt werden möge als Ersatz der afrikanischen Kolonien und der Kabelleitungen. Ein ganz frommer Wunsch, schade nur, daß der deutsche Kapitalismus auch bei Zahlung dieser „geringen“ Summe von 100 Milliarden noch immer lebensunfähig bleibt, wie er es ist, schon jetzt ohne jede Reparationsleistung, weil seine Zeit sich überlebt hat und früher oder später der neuen Wirtschaftsordnung Platz machen muß trotz aller Reparationen, die man an der alten vornehmen will. Da wird auch der Harding'sche Sonderfrieden nichts helfen und sein vielleicht möglicher mäßigender Einfluß auf die Wiedergutmachung.

Neue Angriffspläne gegen Rußland in Ostasien?

Eine Neutermeldung aus Charkin besagt, daß kürzlich in Mukden ein Vertrag zwischen den japanischen Militärbehörden, dem chinesischen General Chang-Ho-Lin, dem Gouverneur der Mandschurei und dem russischen Weißgardistenhauptling Semenov geschlossen worden ist. In diesem Vertrag sollen sich die chinesischen und japanischen Generale verpflichtet haben, dem Semenov Waffen für ein neues Unternehmen gegen die Bolschewiki zur Verfügung zu stellen.

Ein solcher Streich wäre der japanischen Gegenrevolution schon zuzutrauen, und auch die chinesischen Militäristen würden in eine derartige Vereinigung sehr gut hineinpassen; aber bei der einmütigen Entschlossenheit, mit der die Bevölkerung Ost Sibiriens hinter Sowjet-Rußland steht, würde auch ein neues Abenteuer Semenows zu völligem Scheitern verurteilt sein.

Internationales.

Der Vereinigungsparteitag der britischen Kommunisten.

Am Sonnabend, den 29. Januar, begann in Leeds der Vereinigungsparteitag der kommunistischen Partei Großbritanniens, der Communist Party of Great Britain (ehemalige British Socialist Party), der Communist Party (ehemalige Workers Socialist Federation), der Communist Labour Party, und verschiedener kleinerer kommunistischer Gruppen zur britischen Sektion der kommunistischen Internationale. 150 Delegierte nahmen an ihm teil. Jack Langner wurde zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt. Die Genossen Leckie für die Communist Labour Party, Watkins für die Communist Party und Mac Manus für die Communist Party of Great Britain, erstatteten die Berichte über ihre Organisationen. Es wurde eine vorläufige Exekutive aus 17 Mitgliedern gewählt. Den Genossen Malone, Sylvia Panthurst, Steele, Harvey, Taylor und Bell, die für die Sache des Kommunismus im Gefängnis büßen, wurden brüderliche Grüße gesandt. J. L. Murphy begrüßte den Kongress als Vertreter der Shop Stewards und als Vertreter der Roten Gewerkschaftsinternationale. Braun vom linken Flügel der Independent Labour Party, sprach für die Tausende von Kommunisten, die jetzt noch innerhalb jener Partei sind und stellte in Aussicht, daß auf dem Osterkongress der I.L.P. die Entscheidung über die organisatorische Zugehörigkeit ihrer kommunistischen Mitglieder fallen werde. Francis Meynell, der Herausgeber des „Communist“, erstattete Bericht über das Gelingen des Blattes, das das Zentralorgan der neuen Partei sein wird. Vom Exekutivkomitee der Internationale und von der französischen kommunistischen Partei wurden Begrüßungsschreiben verlesen. Die Resolution, die die Verschmelzung der Organisationen zur einheitlichen kommunistischen Partei Großbritanniens forderte, wurde unter begeisterten Beifall und dem Gesänge der Internationale angenommen. Es wurden vorläufige Statuten beraten und der Name Communist Party of Great Britain gutgeheißen.

Am Abend fand im Anschluß an den Kongress eine Massenversammlung in Stamford Trades Hall statt, in der vier Redner sprachen.

Gewerkschaftliches.

Bevorstehender Kampf in der gesamten deutschen Herrenkonfektion.

In der Herrenkonfektion herrschen schon längst ganz unhaltbare Lohnverhältnisse. Die Lohnsätze sind noch in der Vorkriegszeit abgeschlossen. Nachträglich vereinbarte Lohn-erhöhungen sind immer durch zustandgekommen, daß Aufschläge auf die alten Grundlöhne gewährt wurden. Die Produktions- und Abzahlungsverhältnisse in der Herrenkonfektion drängen geradezu zu einer einheitlichen Lohnregelung. Beide Vertragsparteien haben schon vor etwa halb Jahren die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages mit einheitlichen Bestimmungen beschlossen.

Von seiten der Arbeitnehmerorganisationen wurde Anfang September v. J. dem Arbeitgeberverband ein fertiger Entwurf eingereicht. Hierüber gepflogene Verhandlungen im Dezember vorigen Jahres waren ziemlich ergebnislos. Zu den Verhandlungen in Frankfurt a. M. in der vorigen Woche hatten die Arbeitgeber ebenfalls keine Gegenvorschläge unterbreitet. Die Arbeitnehmervertreter erklärten sich außerstande, einer längeren Hinausschiebung zuzustimmen, und forderten das Inkrafttreten des Reichstarifes ab 15. Februar. Die Arbeitgeber nannten im Gegenvorschlag den 15. April und sagten in einer Erklärung, daß auch dieser Termin als unmöglich erscheine; sie drohten, ihr Angebot ganz zurückzuziehen, falls die Arbeitnehmer diesen Termin ablehnen würden. Auf keinen Fall wollten sie jetzt eine Regelung der Löhne eintreten lassen. Daraufhin wurden die Verhandlungen resultatlos abgebrochen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Herrenkonfektion haben zu der geschaffenen Situation Stellung genommen und durch Urabstimmung gegen wenige Stimmen beschlossen, am 7. und 8. Februar in sämtlichen Industriebezirken der Herrenkonfektion die Arbeit einzustellen. Der ausbrechende Kampf, der jetzt 32 000 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen wird, ist ein Gegenstück zu dem großen Lohnkampf in der Konfektionsindustrie im Jahre 1896.

Unsere gestrige Notiz, daß die Bekleidungsarbeiter in der Herren- und Knabenkleiderkonfektion vor dem Streik stehen, haben wir aus der „Volkswacht“ und der „Breslauer Morgenzeitung“ entnommen, weil es die hiesige Ortsverwaltung des Bekleidungsarbeiterverbandes offenbar nicht für nötig hält, auch die „Arbeiterzeitung“ von diesen bedeutsamen Vorgängen zu unterrichten. Unseren Genossen im Bekleidungsarbeiterverband erwächst daraus die Pflicht, gegen diese Schädigung der Interessen der Bekleidungsarbeiter zu protestieren und dafür einzutreten, daß die offiziellen Verbandsnachrichten allen Arbeiterblättern übergeben werden, mag deren politische Haltung der Ortsverwaltung nun zuzagen oder nicht.

Aus der Provinz.

Kögenau. Am 2. Februar fand nach langer Pause wieder eine öffentliche Volksversammlung der V. A. P. D. statt, in der Genosse Eberlein-Berlin über „die internationale Lage und die Aufgaben der V. A. P. D.“ sprach. An 300 Personen waren anwesend. Eberlein schilderte die Veruche der Bourgeoisie, nach dem Zusammenbruch des Krieges die Volkswirtschaft wieder auf die Beine zu stellen, wo aber alle Versuchungen, Rohmaterialien und Geld aus Amerika, dann aus Rußland und später aus Kleinasien zu erhalten, gescheitert seien. Wie aber auch die deutschen Kapitalisten es verstanden, auf Kosten der Arbeiter sich aus jeder Krise herauszuarbeiten. Er bespricht die „Offfragen“ und hofft, daß in den sicher kommenden Auseinandersetzungen zwischen der europäischen Bourgeoisie und Sowjetrußland, das deutsche Proletariat nicht wieder so schmählich verjagt wie im August vorigen Jahres. Er fordert die Versammelten auf, in den kommenden Kämpfen zwischen Rußland und der Weltbourgeoisie sich reslos auf die Seite Rußlands zu stellen und in aktiver Solidarität unsere russischen Genossen in jeder Weise zu unterstützen, da nur dann die kommenden Kämpfe die letzten zwischen Kapital und Arbeit sind und mit dem Siege des Proletariats enden. Die Versammlung brachte lebhaften Beifall, anwesende Gegner meldeten sich leider nicht zum Wort. Eb.

Lokales.

Breslau, den 8. Februar 1921.

Die Herren- und Knabenkonfektionsarbeiter im Streik.

Eine gestern früh tagende, sehr stark besuchte Versammlung der Schneider, Schneider und Näherinnen der Konfektionsbranche beschloß mit dem heutigen Tage in Streik zu treten.

Arbeiterchaft von Breslau!

Für die Breslauer Arbeiterchaft ist es Ehrenpflicht, den Kampf der Bekleidungsarbeiter mit aller Kraft zu unterstützen, dem Streik der Bekleidungsarbeiter solidarisch beizutreten aus der Erkenntnis heraus, daß mit zunehmender Konzentrierung des Kapitals die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats auf breiterer Grundlage geführt werden müssen.

Das hätten Arbeiter sein sollen. — Von einer Anzahl von Dalkreuz-Jünglingen wurde in der Nacht zum Donnerstag bei der Heimkehr von einem Konzert Kapellmeister Czerny vom Stadttheater überfallen und unter dem Ruf: „Schlagt den Juden nieder!“ mit Stöcken niedergeschlagen, so daß er besinnungslos liegen blieb. Kapellmeister Czerny, der übrigens gar kein Jude ist, wurde erst nach mehreren Stunden von der Schutzpolizei gefunden und in seine Wohnung befördert. Da hätten Arbeiter etwa einen Unternehmer, der sie bei einem Sturz, etwas unanständig ansetzen sollen und die ganze Presse würde von Rowdis usw. schreiben, Polizei und Staatsanwalt würden anrücken. So aber sind es Dalkreuzler und da schreibt die „Breslauer Morgenzeitung“ nur von „Ausbreitung“. Polizei und Presse sind dabei, die „Feldentaten“ ihrer Streiklinge mit dem Tante der Erde zu verdecken.

Schieber bestraft. Das Schieben geht weiter. Die Orstkohlenstele hat den Kohlenhändler Georg P. u. Inhaber der Firma Carl Skoda u. Co., oberösterreichischer Güterbahnhof, Platz Nr. 8, wegen schamerer Verträge gegen die bestehenden Vorschriften auf Grund des § 88, Abs. 2 der Regelung der Kohlenverbringung vom 29. April 1920 von der Verbringung und vom Vertrieb von Kohlen bis auf weiteres ausgeschlossen.

Man verlagert den Schieber die behördliche Genehmigung und glaubt, damit ist etwas geschehen. Währendem wird aber listig, ohne behördliche Genehmigung, weitergewuchert. Mit solchen Mitteln kommt man diesen Blausaugern am Volkskörper eben nicht bei. Man muß schon das Uebel bei der Wurzel fassen. Die liegt in unserer elenden privatkapitalistischen Wirtschaftsweise. Das zu tun, ist aber eine bürgerliche, kapitalistische Behörde weder willens noch fähig.

Die Wahlen zum Gewerbegericht. Die Wahl der 103 Weisiger des Gewerbegerichts und ihrer 34 Ersatzmänner ist auf Sonntag, den 20. März, angesetzt worden. Vorschlagslisten sind bis spätestens Sonntag, den 27. Februar, einzureichen. Sie sind für Arbeitgeber und Arbeiter gesondert aufzustellen und müssen die Namen, Stand und Wohnung von jeder Person enthalten, als Weisiger und Ersatzmänner von jedem der beiden

Wahlkörper zu wählen sind. Weisiger und Ersatzmänner sind genau zu unterscheiden. Die gültigen Wahlvorschlüge werden spätestens 10 Tage vor der Wahl im Gemeindeblatte öffentlich bekanntgegeben werden.

Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer. Nachdem die Frist zur Anmeldung der Wahlberechtigten aus dem Stadtkreise Breslau am vergangenen Freitag abgelaufen ist, liegt nunmehr die Wählerliste von Sonntag, den 8. bis einschließlich Sonntag, den 18. d. Mts., im städtischen Wahlamt (Elisabethstraße 9, Zimmer 69) täglich in der Zeit von 8 bis 5 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Einsprüche sind innerhalb der gleichen Frist, spätestens also am 18. Februar, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift durch die damit beauftragten Beamten zu erheben.

Verammlungskalender.
 Zämtliche Unterbezirksführer haben sofort an die Bezirksleitung in Breslau zu melden, wieviel Stimmzettel sie für ihren Unterbezirk brauchen.
 District 0a: Unterhaltungsabend. Sonnabend, den 12. Februar, nachm. 6 1/2 Uhr, Restaurant zur Goldenen Sieben, Marianenstr. 7.

Kommunistische Jugend. Schule Minoritenhof 1/3. Dienstag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, Mandolinen- und Gitarrenunterricht. Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Vortrag: Die kommunistische Jugend und die Wädel.
Ortsgruppe Breslau. Mitgliederversammlung. Donnerstag, den 10. Februar. Referent: Genosse Klein. Lokal: Mehl-gasse 11 (Sausjouch).
Abteilung Landagitation. Die für Landagitation gewählten Genossen treffen sich alle am 8. Februar, abends 6 Uhr, im Parteibüro.
Breslauer Betriebsräte und Vertrauensleute des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, welche auf dem Boden der 3. Internationalen stehen, treffen sich Mittwoch abend 7 Uhr im Lokal Blaues Schiff, Herrenstraße. Referent: Genosse Becker.
Neu-Salzbrunn. Jeden Sonnabend Diskussionsabend. Sonntag den 18. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Künstlerbrunn. Wahlarbeit. Kein Genosse darf fehlen.
 Herausgeber: „Sozialistischer Verlag r. G. m. b. H.“
 Annoncen-Expedition: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: Ohle 1391
 Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reuber, für Interate: Heßchwager & Meyer.
 Druck: Buchdruckerei Hüffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater.
 Dienstag 7 Uhr:
Soffmans Erzählungen.
 Mittwoch nachm. 2 1/2 Uhr:
 Schüler-Vorstellung:
Der Waffenschmied.
 Abends 7 Uhr:
Tannhäuser.

Jobe-Theater.
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
Gespensersonate.

Thalia-Theater.
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
Hora.

Schauspielhaus.
 Opernabende. II. 21. 26-45
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Die blaue Majur.
 Samstag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der fidele Bauer.

Lieblich-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
IllenebsLöwen
 und das glänzende
 Februar-Programm.

ZEPTER-KINO
Die arge Nonne
 6 Akte.
H. I. L.:
 Detektiv-Weisheitslehrer
 5 Akte.

Altmetalte
 Kauff
 Jakisch, Neumarkt 26.

Matthias-Kino.
 Rathblassestr. 31
 und Mollkestr. 9.

Ellen Richter
 in
Sizilianische Blutrache
 6 Akte.
 Ferner:

Stuart Webbs
 in
Der Spuk im Hause des Professors
 4 Akte.

Geschlechts-
 kränke jeder Art (Harnröhrenentzündung, Syphilis, Mennschwäche, Weißflus) werden sich sofort vertrauensvoll an **Dr. med. Damman's Heilanstalt, Berlin S 26** Potsdamerstr. 123B Sprechstunde: 9-11 u. 2-4, Sonntag 10-11 Uhr. Belehrende Broschüre mit tausenden freiw. Dankschreiben und Angabe bewährter Heilmittel (ohne Quecksilber u. andere Gifte, ohne Einspritz., ohne Bernstör.) gegen L.-Mk. diskret in versch. Kuvert ohne Absender. Leiden genau angeh.

Wundervolle äppige Büste
 wird verlangt durch meine altbewährten **Büstenpräparate**
 zu Mk. 7.— und Mk. 9.— beid. zusammen Mk. 16.—
 Ferner empfehle bei **Periodenstörung**
 u. Unregelmäßigkeiten mein altbew. Präpar. Viele freiwill. Dankschreib. Preis Mk. 13.— und Mk. 19.—
 Katalog 60 Pf. in Marken
Fr. Barthel Breslau 71A.Z.
 Lohsestr. 67L.

Konfirmanden-Schuhe

Ludwig Herz
 Bücherplatz Nr. 4

Sie kaufen
 Fiorinrumpfe v. 241. 9.60
 Seidenflor- rumpfe „ „ 18.—
 Gausenneze „ „ 1.50
 circa groß „ „ 2.50
 bei **Emma Prager**
 Meischstraße 12.

Gehrock-Anzug
 getragen, gut erhalten,
 kauft **Hadamet**,
 Brandenburger Str. 9 III.

Reklame
 G. m. b. H.
Annoncen-Expedition
 Breslau
 Museumplatz 7 * Telefon Ohle 1391.

Gummwaren
 jeder Art
Spälpriegen
 Zerrigatoren
 Leib- u. Monatsbinden
 sowie sämtliche **Frauenartikel**
 Anstuf gegen Einbindung
 von 1.— Mark
Fr. C. Heibing
 Breslau L, Koblstr. 13

HAARNISSE
 Kopfsangeleier — Brut — Kopf-Nisse
entfernt garantiert in 2 Stunden restlos
NISSKA P. M. G. M. **Der Wunderkamm**
 793 235
 Vertagen Sie kostenloses Aufklärungsschrift
 in Brogerien und einschlägigen Geschäften oder vom Aljeia-Hersteller:
FR. B. MÜCKENHAUPT
NURNBERG B. 4.

Abzahlungsabteilungen für Gas, Wasser, Strom.
 Die Entnehmer von Gas, Wasser und elektrischem Strom sind durch besondere Zustellungen aufgefordert worden, für ihren Verbrauch in den Monaten Januar und Februar 1921 Teilzahlungen zu leisten. Die im Januarverbreuch gestellte Frist ist am 31. Januar 1921 abgelaufen. Alle im Verzuge befindlichen Zahlungen werden nunmehr bis spätestens 10. Februar 1921 an die Kasse der Betriebswerke zu zahlen. Andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1 Mark durch Boten abgeholt werden. Wenn auch an den Boten nicht gezahlt wird, so muß in Aussicht genommen werden, die Forderung einzufüllen und die Meijer wegzunehmen mit der **Städt. Betriebsdeputation.**

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**

M. Markus

Kupferschmiedestr. 31, Ecke Stockgasse

Billig! **Billig!** **Billig!**

Socken Mk. 4, Damenstrümpfe Mk. 6.65,
Sternzwirn 50 Pf., Kinderstrümpfe Gr. 3 Mk. 5.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Leser unserer Zeitung, kauft nur bei Firmen, die in unserem Blatte inserieren.